



Präsidentschaftsbewerber Obama

OLIVIER DOULIERY / ABACA

Obama für Deutschland

Nach einem bizarren Streit um den Standort für seine Rede weckt der Berlin-Besuch von Barack Obama Hoffnungen, die der US-Präsidentschaftsbewerber kaum erfüllen kann: Nicht nur Amerika soll er verändern, sondern Politik überhaupt. Daheim wird er indes schon entzaubert.

Er hat seinen Platz am Brandenburger Tor gefunden. Er redet dort, jede Stunde zwischen 10 und 18 Uhr. Seine Stimme macht Gänsehaut, die Leute jubeln. Dann fährt er in einer offenen Limousine durch Berlin, Hunderttausende säumen die Straßen, Sprechchöre: „Kennedy, Kennedy.“

Er hat ein Museum in Berlin, am Pariser Platz, gegenüber dem Brandenburger Tor.

Es heißt „The Kennedys“ und ist das Äußerste, was ein Politiker erreichen kann, die totale Heldenverehrung: nur schöne Fotos, nur herrliche Sätze, nur Großartigkeit. Endlos läuft ein Film, der John F. Kennedys Auftritt in Berlin zeigt, die Paradedfahrt, die berühmte Rede vor dem Schöneberger Rathaus: „Ich bin ein Berliner.“

Barack Obamas Stimme wird nicht am Brandenburger Tor zu hören sein. Er wird nicht auf „The Kennedys“ gucken, wenn er in Berlin redet. So weit ist es noch nicht. Zwar wird er oft mit Kennedy verglichen und löst ähnliche Hoffnungen aus, aber er ist noch nicht so groß, dass er nicht in die Mühlen der deutschen Politik geraten könnte. Sein Wunsch, am Brandenburger



Berlin-Besucher Kennedy (1963 vor dem Schöneberger Rathaus): „Ich bin ein Berliner“

Tor zu reden, wurde von Bundeskanzlerin Angela Merkel abgelehnt.

Immerhin, er kommt. Am Donnerstag dieser Woche wird er in Berlin sein. Er wird erwartet wie ein Zauberer, der eine trübe Welt in eine schöne Welt verwandeln kann. Nie hat es in Deutschland so viel Aufhebens um den Besuch eines designierten Kandidaten gegeben. Obama will Präsident der Vereinigten Staaten werden, aber es gibt ein Getöse, als wäre er schon zwei Stufen weiter, als wäre er der Präsident der Welt.

Genau darum geht es. Um Barack Obama rankt sich die Vorstellung, dass er nicht nur Amerika verändern wird, sondern Politik überhaupt.

Obama ist die Hoffnung einer westlichen Welt, die sich viele Sorgen macht. Eine Rezession bahnt sich an, die Preise klettern, weil die Nachfrage nach Rohstoffen explodiert, die amerikanische Wirtschaft steckt

in der Krise (siehe Seite 76). Niemand hat eine überzeugende Antwort auf den Klimawandel. Niemand weiß, wie man den Nahen Osten, Afghanistan oder den Irak befrieden kann. Niemand hat eine erfolgversprechende Strategie gegen den islamistischen Terror.

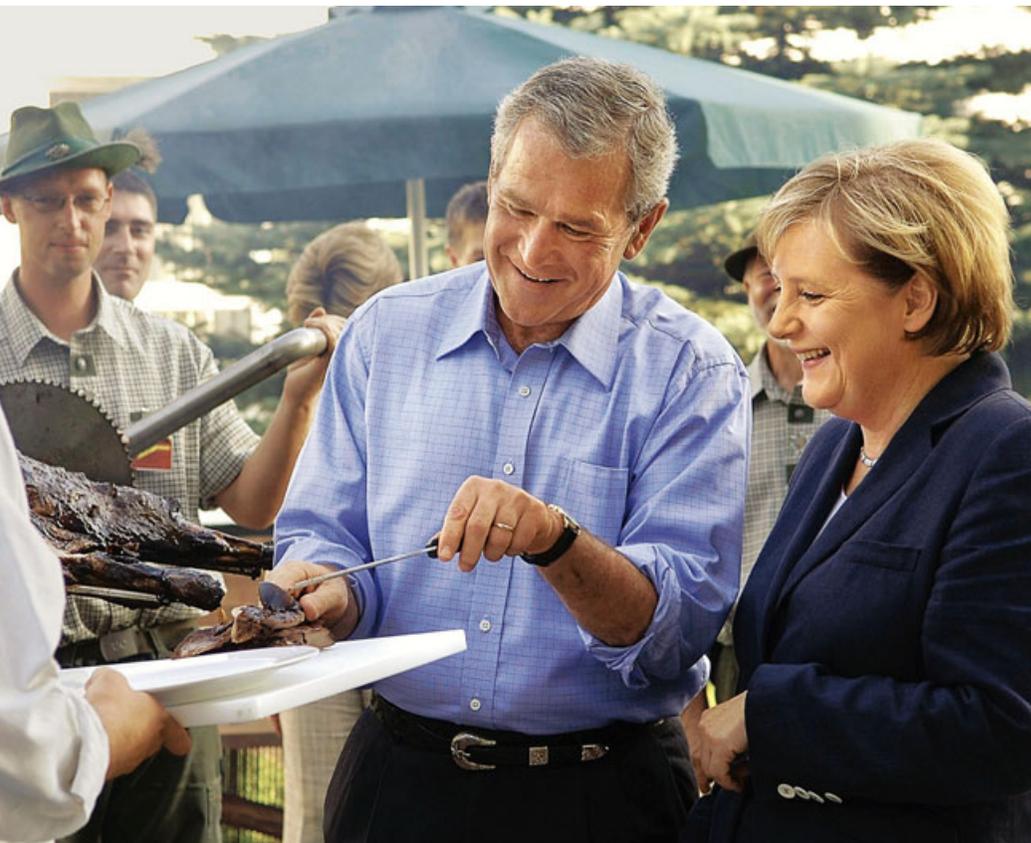
Zugleich sucht der Westen nach seiner Position in der „unfertigen Weltordnung“, wie der Publizist Peter Bender den derzeitigen Zustand genannt hat. Wie stark werden China, Russland und Indien? Wie geht der Westen mit diesen Ländern um? Und gibt es überhaupt noch einen „Westen“?

Es ist die Stunde für „Leadership“, für Führung. Und nur einem wird zugetraut, diese Führung übernehmen zu können: Barack Obama. Vor allem die Deutschen hoffen auf diesen Mann, 76 Prozent halten ihn für den besseren Kandidaten. Obama für Deutschland.

Hubertus Heil, Generalsekretär der SPD, hat schon versucht, mit Obamas Wahlkampfparole Stimmung zu machen. „Yes, we can!“, krächte er seinen Genossen zu. Vergeblich. Charisma steckt nicht in Worten, sondern in Rednern. Auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat schon für sich diesen Satz erprobt.

„Obama hat eine Stimmung erzeugt, die den Glauben an Politik ermöglicht“, hat Norbert Röttgen gesagt (SPIEGEL 22/2008). Röttgen, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, sprach begeistert von Obama, und die Begeisterung war auch Kritik an den Spitzenpolitikern hierzulande, die ganz anders sind als Obama oder jedenfalls anders als das Bild, das sich viele Deutsche von ihm machen.

Auch Angela Merkel war ja mal Kandidatin für die Weltpräsidentschaft. Doch inzwischen hat sich gezeigt, dass ihr schon



BPA / DULSTEIN BILD

US-Präsident Bush, Kanzlerin Merkel, Außenminister Steinmeier, Berlins Regierender Bürgermeister Wowerit*: Da kommt einiges zu auf einen

die Führung der Großen Koalition zu Hause große Schwierigkeiten macht.

Obama besucht ein Land, das ungeführt wirkt. Merkel kann sich zu einem energischen Eingreifen nicht durchringen, SPD-Chef Kurt Beck ist das Berliner Klima zu rau, und nun hat auch noch der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff im „Stern“ eingeräumt, dass er kein „Alphatier“ ist. Blässe allerorten, da muss manchem der amerikanische Strahlemann wie ein Erlöser vorkommen.

Zumal es in der deutsch-amerikanischen Beziehung einiges aufzuräumen gibt. Manche Zweifel der Deutschen mit dem großen Bruder auf der anderen Seite des Atlantiks haben sich während der Bush-Ära zu einem offenen Zerwürfnis ausgewachsen.

Da kommt einiges zu auf einen Mann, der noch nicht einmal gewählt ist. Und der vielleicht gar nicht dem schönen Bild entspricht, das sich Deutschland von ihm macht. Amerika jedenfalls ist bereits einen Schritt weiter. Während sich Deutschland von Obama in dieser Woche bezaubern lassen will, hat in Amerika schon die Entzauberung des Zauberers begonnen.

Auch sein Wunsch, am Brandenburger Tor aufzutreten, ist in den Vereinigten Staaten eher ungnädig aufgenommen worden. Dort „würde er wie ein Präsident aussehen“, sagt CNN-Kommentator Bill Schneider. „Natürlich würden alle Fernsehsender dazu die Bilder von Clinton, Reagan und Kennedy senden.“ Nicht nur Obamas Gegner, sondern auch Unterstüt-

zer seien von dessen Chuzpe, am Tor reden zu wollen, befremdet. „Das ist ein bisschen arrogant, oder etwa nicht?“, sagt Schneider.

Lautere Kritik kommt aus der konservativen Ecke: Obama „hat gedacht, ein jubelndes Publikum und ein paar in Ohnmacht fallende Fräuleins wären ein schöner Hintergrund für das Aufpolieren seiner Erfahrung in der Außenpolitik“, ätzt der rechte Kommentarhaudegen Charles Krauthammer. Er „scheint nicht zu verstehen, dass man es sich verdienen muss, am Brandenburger Tor zu sprechen“, schreibt er. „Welche Rolle hat Obama noch mal darin gehabt, den Kommunismus zu bekämpfen?“

Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit dagegen leuchtete sofort ein, dass Obama am Brandenburger Tor sprechen wollte. Wo denn sonst? Das Tor galt als Symbol der deutschen Teilung und ist nun Wahrzeichen der Einheit, Berlins prominentester Ort.

Er fiel aus allen Wolken, als Angela Merkel aus dem fernen Japan Bedenken gegen Obamas Auftritt vor dem Tor anmelden ließ. Das Kanzleramt hatte in einer Meldung im SPIEGEL davon erfahren. In einem Gespräch mit Präsident George W. Bush beim Tref-

fen der G8 auf Hokkaido sagte die Bundeskanzlerin, dass sie Obamas Auftritt am Brandenburger Tor nicht wünsche.

Offiziell heißt die Begründung, dass ein so wichtiger und symbolträchtiger Ort nicht Schauplatz eines ausländischen Wahlkampfes sein dürfe. Es fragt sich aber, warum zum Beispiel das Modeereignis „Fashion Week“ letztes Jahr einen so wichtigen und symbolträchtigen Ort komplett in Beschlag nehmen darf, einschließlich riesiger Werbung für den Sponsor Mercedes. Da hat ein Obama weit mehr Würde. Womöglich sieht Merkel den Auftritt durch eine parteipolitische Brille. Ein Triumph des Demokraten Obama wäre demnach eher Anschlag für die deutschen Sozialdemokraten.

Im Roten Rathaus von Klaus Wowereit wird gegargwöhnt, die Kanzlerin gönne einem Sozialdemokraten einen solch schönen Auftritt nicht. Doch etwas trotziger ist zu hören, dass der begehrte Gast es dem Bürgermeister sicher nicht verwehren werde, ihn bei

SPIEGEL-UMFRAGE
US-Präsidentschaftswahl

76%

aller Befragten in Deutschland halten den Demokraten Barack Obama für den besseren Kandidaten

10% sind für den Republikaner John McCain

TNS Forschung; 1000 Befragte am 16. Juli; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“, keine Angabe

* Links: beim Grillen im mecklenburg-vorpommerschen Trinwillershagen im Juli 2006; Mitte: beim Wurf eines Baseballs im April im amerikanischen Boston; rechts: im Juni mit einem alten Care-Paket beim Gedenken an die Luftbrücke der USA während der Berlin-Blockade 1948.



Mann, der noch nicht einmal gewählt ist



THOMAS KOEHLER / PHOTOTHEK (M.); TIM BRAKEMEIER / DPA (R.)

der obligatorischen Besichtigung des Brandenburger Tores zu begleiten. Fotografen und Fernsichtteams werden dann auch dabei sein.

Die Schlacht um den Ort der Rede Obamas war bizarr. Das Kanzleramt kämpfte für einen möglichst kleinen Auftritt, die Stadt Berlin und das Auswärtige Amt für einen möglichst großen.

Obama kriegt man über Kennedy, dachten sehr listig die Strategen im Kanzleramt, und versorgten sein Team mit Filmausschnitten und Zeitungsartikeln. Sie zeigten John F. Kennedy bei einem Auftritt in der Freien Universität Berlin. Ein kleiner Saal ist auch gut für große Männer, sollte die Botschaft sein.

Am Mittwoch kam ein zwölfköpfiges Vorauskommando nach Berlin. Erste Station war das Auswärtige Amt. Sieben von ihnen trafen sich dort mit Referatsleiterin Eva Gräfin Kendeffy und ihren Mitarbeitern. Die Protokollexperten besprachen mit den Amerikanern alle Punkte, die die Bundesregierung angingen: Am 24. Juli, um elf Uhr, solle Obama die Kanzlerin treffen, gegen 14.30 Uhr den Außenminister. Fotografen sind zugelassen, Pressekonferenzen gibt es nicht.

Zehntausend Zuhörer, signalisierten die Amerikaner, wären schön, aber eigentlich rechne man mit mehr. Schließlich sei auch zu erwarten, dass zahlreiche Amerikaner aus anderen Regionen Europas den einzigen öffentlichen Auftritt Obamas auf dem alten Kontinent nutzen würden, um ihren

möglichen Präsidenten zu besichtigen. Obamas Team schwebt ein Volksfest vor. Musik ab 17 Uhr, am frühen Abend soll der Bewerber gut 45 Minuten lang sprechen.

Nach dem Besuch im Auswärtigen Amt sprach das Vorauskommando mit Vertretern der Senatskanzlei, des Bezirksamtes Mitte, der Polizei und einer Eventagentur. Bei einer Rundfahrt fotografierten die Gäste die Plätze und mailten die Bilder in die Wahlkampfzentrale in Chicago.

US-EXPERTEN WARREN VOR DER UNERFAHRENHEIT DES DEMOKRATEN OBAMA.

Beim Besuch im Kanzleramt warb Merkels außenpolitischer Berater Christoph Heusgen noch einmal für die Freie Universität, ohne Erfolg. Am Ende kürte das Vorauskommando das Rondell um die Siegessäule, „Großer Stern“ genannt, zu ihrem Favoriten. Die offizielle Bestätigung aus Chicago stand bei Redaktionsschluss noch aus. Der Große Stern hat keine Tradition als Kundgebungsort, aber bei den Love Parades hat hier DJ Dr. Motte Parolen wie „Love rules“ verkündet.

Zum ersten Mal können die Deutschen Obama am Donnerstag selbst in Augenschein nehmen. Und sie hoffen auf Aufschluss über seine Pläne, auch mit Deutschland.

Im politischen Berlin tut sich im Urteil über den Bewerber eine sachte Kluft auf. Im Unionslager wird betont, dass die Unterschiede zwischen Obama und John McCain eher übertrieben würden. Vielleicht würden die „Flitterwochen“ mit Obama länger dauern, sagt der CSU-Außenpolitiker Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg. Spätestens beim Nato-Gipfel im Frühjahr werde aber die „Bruchlinie“ erreicht. Dann würde jeder US-Präsident durchbuchstabieren, wie er sich die neue transatlantische Zusammenarbeit vorstellt, Truppenanforderungen für den umkämpften Süden Afghanistans inklusive.

Diese Einschätzung wird von den meisten US-Experten in den Forschungsinstituten geteilt. Man warnt vor überzogenen Erwartungen, man betont die Erfahrung und die Qualitäten McCains, der nicht schlechtgeredet werden sollte, man warnt vor der Unerfahrenheit des Demokraten Obama, der noch manche böse Überraschung erleben werde.

Die Außenpolitiker von SPD, FDP und Grünen wollen sich davon nicht beirren lassen. Mit Obama könne man endlich „wieder über gemeinsame Werte reden“, frohlockt FDP-Außenpolitiker Werner Hoyer. Einen „wirklichen Neuanfang“ erhofft sich der Grüne Jürgen Trittin, darin wird er unterstützt von Ex-Außenminister Joschka Fischer: „Bei McCain weiß man mit hoher Wahrscheinlichkeit, was kommen wird.“ In der Substanz werde es keinen Wandel geben, anders als bei Oba-



Berlin-Besucher Reagan (1987), Clinton (1994): *Das Tor muss man sich verdienen*

ma. Der könne damit zwar „scheitern, grandios sogar, er könnte aber auch zu einem der ganz großen amerikanischen Präsidenten werden“.

Außenminister Steinmeier hofft, dass der demokratische Senator als Präsident für eine „neue, offene Außenpolitik“ steht. Mit dem neuen russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew könnte Obama eine neue Weltpolitik prägen.

So sind die Erwartungen in Deutschland. Aber das Bild vom Bewerber ist unklar. Jedes Wort zur Außenpolitik wird begierig aufgesogen, interpretiert. Am vorigen Dienstag hielt Obama in Washington eine Grundsatzrede. Sie war gehaltvoll und klug, sie klang erstmals mehr nach Präsident als nach Präsidentschaftsbewerber. Wenn wahr wird, was er da im fensterlosen Sitzungssaal des Reagan-Building ankündigte, steht der transatlantischen Beziehung eine aufregende, vielleicht sogar eine aufwühlende Zeit bevor.

Erkennbar ist Obamas Ehrgeiz, Europäer und Amerikaner wieder zu versöhnen. Er setzt auf Kooperation, schon um den enormen Ansehensverlust Amerikas zu stoppen.

„Die Amerikaner möchten nicht länger das Stinktier auf der Gartenparty sein“, sagt Jackson Janes, Direktor des American Institute for Contemporary German Studies in Washington. Obama will beliebt sein, aber nicht nur. Er und seine Beratertruppe lassen keinen Zweifel daran, dass Partnerschaft für sie auch ein In-die-Pflicht-Nehmen bedeutet. Ein Präsident Obama wird fördern, um zu fordern. „Tough love“ nennen die Amerikaner diese Politik, die Zuckerbrot und Peitsche zur selben Zeit verabreicht.

Wer wissen möchte, wie Obama über die Europäer denkt, muss Zbigniew Brzezinski, einst Nationaler Sicherheitsberater von Präsident Jimmy Carter und heute Berater des Obama-Teams, zum Reden brin-

gen. Bei ihm sprudeln all die Worte heraus, die man in Zukunft wohl häufiger hören wird: Partnerschaft, Verantwortung, Lastenteilung. „Die Europäer müssen entscheiden, ob sie eine Weltmacht sein wollen oder nicht“, sagt er. Wenn ja, so lässt sich sein kleiner Vortrag zusammenfassen, heiße das Mitentscheiden, Mitverantworten und Mitbezahlen.

Mitleiden sagt er nicht, aber auch das gehört dazu, wenn Deutschland Partner einer Weltmacht sein will. Im Irak und in Afghanistan kamen bisher mehr als 4500 Amerikaner zu Tode, über 30 000 wurden verletzt, viele davon verstümmelt. Erst

OBAMA WIRD IN AFGHANISTAN VON DEN DEUTSCHEN MEHR ERWARTEN.

jüngst hatte George W. Bush einige Kriegsinvaliden zum Joggen ins Weiße Haus geladen. Auf Metallbeinen und mit Füßen aus Kunststoff posierten sie neben Bush für die Fotografen.

Der Kampf gegen den Terror wird auch unter einem Präsidenten Obama nicht abgeblasen. Die Arbeitslosigkeit steigt zwar in Amerika, für die Beschäftigung des Militärs ist aber gesorgt. Bushs Außenpolitik hieß: Panzer, Flugzeugträger und Bomber. Obamas Außenpolitik heißt: Diplomatie, Aufbauhilfe, und wenn das nicht hilft: Panzer, Flugzeugträger und Bomber.

In den 60 Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gab es nur einen Präsidenten, der bis auf eine versuchte Geiselnbefreiung keinen Militäreinsatz befiehlt hat. Das war der glücklose Jimmy Carter. Alle anderen machten von den Machtbefugnissen als Präsident und Oberbefehlshaber mehr oder weniger Gebrauch. Re-

publikaner und Demokraten waren kaum zu unterscheiden.

Die zwei Extremkonzeptionen der US-Außenpolitik – Streben nach Weltherrschaft oder Rückzug in den Isolationismus – stehen im Ernst für Obama nicht zur Debatte. Also wird er – wie seine Vorgänger – ein ziviler Kriegspräsident sein, wenn auch mit anderen Akzenten als der Sturkopf Bush.

Obama plant, Truppen vom Irak nach Afghanistan zu verlegen, an den zweiten Frontabschnitt im Anti-Terror-Kampf. „Wir dürfen den Krieg in Afghanistan nicht verlieren“, sagte er am Dienstag vergangener Woche. Das bedeutet für ihn, die zurzeit 32 000 US-Soldaten dort um mindestens zwei Brigaden, also 10 000 Soldaten, aufzustocken. Diese zusätzliche Kraftanstrengung will Amerika nicht allein leisten. „Wir brauchen mehr Truppen, mehr Flugzeuge, mehr Hubschrauber, mehr Nato“, sagte er in seiner Rede.

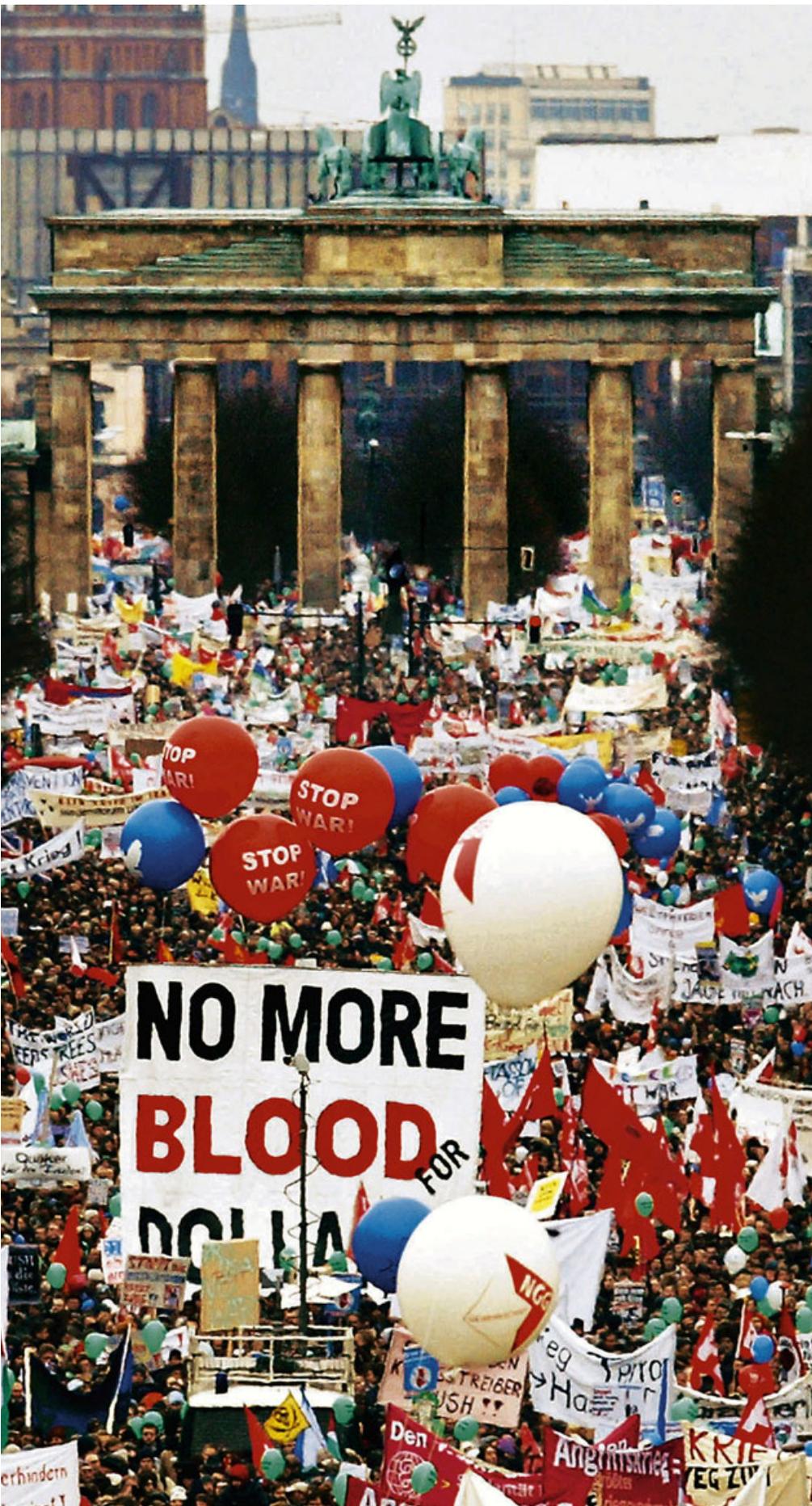
Er hätte auch „mehr Europa“ sagen können – oder „mehr Deutschland“. In dieser Deutlichkeit sagen das andere, wie zum Beispiel Stephen Szabo, Direktor der Transatlantischen Akademie in Washington: „Obama wird von den Deutschen erwarten, auch gefährlichere Aufträge zu übernehmen und nicht den Amerikanern und Briten die Drecksarbeit zu überlassen.“ Szabo rät den Deutschen zu dem, was er Realismus nennt: „Afghanistan ist kein Entwicklungshilfeprojekt.“

Wer von Obama den schnellen Rückzug der US-Armee aus dem Irak erwartet, dürfte enttäuscht werden. Er hat seine Anti-Kriegs-Rhetorik, die vor allem den Parteilinken sehr gefiel, bereits relativiert. Senator Chuck Hagel, Republikaner und Unterstützer Obamas, spricht nun von einem „verantwortbaren Rückzug“. Obamas Chefberater David Axelrod empfiehlt seinem Kandidaten einen „wohlüberlegten Weg“, den Krieg zu beenden.

Es wird wohl einen Rückzug ohne Abzug geben. Nach und nach dürfte die militärische Gewalt im Irak auf die von den USA ausgebildete und ausgestattete irakische Armee übergehen. Aber: Die US-Streitkräfte werden das Land auf hundert Jahre nicht verlassen. Die US-Regierung handelt mit der irakischen Regierung gerade ein Abkommen über die Stationierung von Truppen aus, das eine Dauerpräsenz ähnlich wie in Deutschland ermöglichen soll. Demokraten und Republikaner im Kongress unterstützen das Vorhaben.

Die größte Überraschung für Europa dürfte sein, wenn Obama, wie angekündigt, einen dritten Frontabschnitt in den Bergen von Pakistan eröffnet. „Wir werden den Krieg führen, den wir gewinnen müssen“, sagte er bereits mehrmals.

Die Souveränität des Atomwaffenstaats Pakistan interessiert ihn dabei wenig. Er will die Aktivitäten, die al-Qaida im Grenz-



Anti-Kriegs-Demonstration (in Berlin)*: Skepsis in Europa wegen geplanter US-Aufrüstung

gebiet zu Afghanistan plant und ausführt, unterbinden. Die friedvolle Beziehung, die George W. Bush zu Staatschef Pervez Musharraf unterhielt, wird Obama nicht zwingend fortsetzen. „Wenn der nicht handelt, wir werden es tun“, sagt er.

Obama will nicht nur Soldaten in den Anti-Terror-Krieg schicken, sondern auch Zivilisten und Millionen von Dollar. Als Vorbild für seine Außenpolitik nennt er immer wieder einen Namen, der die Deutschen nostalgisch stimmen dürfte: General George C. Marshall.

Der militärische Kopf der US-Armee, mitverantwortlich für den Sieg gegen Hitlers Wehrmacht, setzte im Juni des Jahres 1947, mittlerweile war er US-Außenminister, einen großangelegten Aufbauplan ins Werk, der in Europa die Schornsteine zum Rauchen brachte. In seiner berühmten Rede zum Start des Programms, das auf Drängen von Präsident Harry Truman den Namen Marshall-Plan trug, sagte er: „Ohne ökonomische Gesundheit kann es keine politische Stabilität und keinen gesicherten Frieden geben. Unsere Politik ist nicht gerichtet gegen ein Land oder eine Doktrin, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos.“

Obama will den Ländern des Nahen Ostens, die vom Anti-Terror-Krieg betroffen sind, ein ähnliches Programm anbieten. Die Europäer werden in jedem Fall zur Kasse gebeten werden. Scheckbuchdiplomatie hieß das früher.

Obama und McCain liegen in vielen außenpolitischen Fragen dicht beieinander. Auch McCain ist kein Cowboy-Politiker. Galten internationale Abrüstungsverträge unter Bush noch als Teufelszeug, haben sich nun beide Bewerber dafür ausgesprochen, multilaterale Abrüstungsverhandlungen wieder aufzunehmen. Beide schwärmen von einer Welt ohne Nuklearwaffen, McCain stellte in Aussicht, den von den USA nicht ratifizierten Atom-Teststopp-Vertrag neu zu überdenken.

Beide wollen die Armee vergrößern, Obama um 90 000 Soldaten, McCain um 150 000 Soldaten. In Europa dürfte man diese Aufstockung der stärksten Armee der Welt mit Skepsis begleiten. Es gibt dafür keine andere Überschrift als die: Amerika rüstet auf. Beim Klimaschutz dagegen dürften beide Bewerber den Deutschen Freude machen. Auch Obama will schnell weg vom Öl. Eine erste Mutprobe in der Energieverschwender-Nation Amerika hat er bestanden. Als McCain eine reduzierte Benzinsteuer in der Ferienzeit forderte, eine Gas-Tax-Holiday, die beim Publikum gut ankam, blieb er standhaft.

Das sei nicht die richtige Antwort auf die sich verknappenden Ressourcen. Auch neue Ölförderrechte vor den Küsten Amerikas, die neueste Idee von McCain und

* Am 15. Februar 2003 am Brandenburger Tor vor dem US-Angriff auf den Irak.

„Den Preis zahlen“

Susan Rice, 44, ist Chef-Außenpolitikberaterin von Barack Obama.

SPIEGEL: Es ist ungewöhnlich für einen designierten US-Präsidentschaftskandidaten, mitten im Wahlkampf nach Europa zu reisen. Warum kommt Barack Obama trotzdem?

Rice: Weil Senator Obama glaubt, dass die Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA viel enger und effektiver als in den vergangenen Jahren werden muss. Die neuen globalen Herausforderungen kann keiner von uns allein meistern – Terrorismus, Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Klimawandel, Seuchen, Energiesicherheit. Wir wollen mit den Europäern und Deutschen besprechen, wie wir diese Herausforderungen gemeinsam angehen können.

SPIEGEL: Kritiker behaupten, die Reise sei ein schlichter PR-Trick, um Obamas außenpolitische Reputation zu verbessern. Bisher war er ja fast nie in Europa.

Rice: Obama ist schon oft nach Europa, Afrika, Nahost und Südostasien gereist, er hat als Kind in Asien gelebt. Er muss sich von niemandem die Welt erklären lassen. Die Reise wird für ihn eine weitere Gelegenheit zum Gedankenaustausch mit den Führern von Staaten sein, die besonders wichtig für die nationale Sicherheit der USA sind.

SPIEGEL: Die Europäer werden Obama einen rauschenden Empfang bereiten. Kann ihm zu viel Euro-Enthusiasmus im amerikanischen Wahlkampf schaden?

Rice: Amerikaner verstehen, dass wir sicherer sind, wenn die USA Vertrauen und Respekt in der Welt genießen. Amerikaner sehnen sich nach Wandel daheim und in unseren internationalen Beziehungen. Es ist kaum von Nachteil, wenn Amerikaner sehen, dass ihr Präsident nicht nur daheim Wandel verkörpert – sondern auch im Rest der Welt.

SPIEGEL: Doch Obama wird mit den Europäern wohl Klartext reden – also mehr Kooperation in Aussicht stellen, aber auch einen stärkeren weltpolitischen Beitrag von ihnen fordern.

Rice: Um mit den globalen Herausforderungen von heute klarzukommen,



CHARLES DHARAPAK / AP

brauchen wir Anstrengungen auf beiden Seiten des Atlantiks. Wir dürfen uns nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen. Jede Seite muss in einer echten Partnerschaft ihre jeweilige Verantwortung ernst nehmen – ob es um den Klimaschutz geht, den Stopp von Irans Nuklearprogramm oder die Verteidigung Afghanistans gegen al-Qaida und die Taliban.

SPIEGEL: Wie würde sich das transatlantische Verhältnis unter einem Präsidenten Obama verändern?

Rice: Obama will Europa nicht in „alt“ oder „neu“ spalten. Er hält es für kontraproduktiv, Russland aus der G8 schmeißen zu wollen – wie es John McCain vorschlägt. Obama weiß, dass die Welt sich nicht einfach in Gut gegen Böse aufteilen lässt. Und ihm ist klar, dass wir die globalen Herausforderungen nur effektiv lösen können, wenn wir im 21. Jahrhundert Bündnisse haben, die funktionieren.

SPIEGEL: Sie sagen, die Europäer müssten so viel leisten, wie sie können. Was würde das für ihren Beitrag in Afghanistan bedeuten? Sollen sie mehr Truppen schicken?

Rice: Obama glaubt, dass die Lage in Pakistan und Afghanistan für Europa und die USA derzeit die größte Gefahr darstellt. Al-Qaida formiert sich dort neu und sichert sich neue Rückzugsorte, die Taliban werden wieder stärker. Diese Gefahr ist an Europa näher dran als an uns, wir müssen das alle ernst nehmen. Die USA müssen mehr Ressourcen und Truppen schicken – aber die Nato sollte das auch tun. Und deren Truppen sollten nicht durch Beschränkungen darin gehemmt werden, wo und wie sie eingesetzt werden dürfen.

SPIEGEL: Aber würden solche Forderungen nicht zu einer Entzauberung Obamas in Europa führen?

Rice: Weder Deutsche noch Amerikaner dürfen glauben, weiter halbherzige Maßnahmen in Afghanistan und Pakistan ergreifen zu können – ohne dafür den Preis zahlen zu müssen.

INTERVIEW: GREGOR PETER SCHMITZ



Wohnungsbau mit US-Geldern (1950 in Berlin),

Bush, lehnt er ab. Wir können uns nicht aus dem Dilemma herausbohren, sagt er.

Vor Dramatisierungen schreckt Obama nicht zurück, wenn es gilt, für den Rückzug aus den fossilen Brennstoffen zu werben. „Der Preis des Öls ist heute die gefährliche Waffe, die Amerika bedroht“, sagte er im Woodrow-Wilson-Center und versprach ein 150-Milliarden-Dollar-Programm zur Schaffung regenerativer Energien. Sein Vorbild hier: die Energiepolitik aus dem Deutschland der rot-grünen Koalition.

„Deutschland, ein Land so wolkenverhangen wie der pazifische Nordwesten unseres Landes, ist nun der Weltführer in Sachen Solarenergie“, sagte er bei einer Rede Ende Juni in Las Vegas. Amerika müsse dem nacheifern und es übertreffen, so seine Botschaft. Er will die US-Volkswirtschaft ergrünen lassen. Sein New Deal soll ein Green Deal sein, zumal er sich von einem solchen Programm neue Jobs verspricht, er nennt die Zahl fünf Millionen.

Peter Goldmark von der Umweltinitiative Environmental Defense ist nicht nur optimistisch, er ist euphorisch und glaubt, dass der Durchbruch bevorsteht: „Unter jedem der beiden Präsidenten wird sich die US-Klimapolitik radikal ändern“, sagt er. Zwar beherrscht das Thema nicht den



US-General Marshall: Die Freundschaft zu den USA wurde zur Staatsräson

das, was US-Politiker schon immer gemacht haben, wenn der Hauptwahlkampf beginnt: Er schwenkt in die Mitte, dorthin, wo im November die Wahlen entschieden werden.

Bill Clinton, der einzige demokratische US-Präsident der letzten 20 Jahre, flog im Wahlkampf 1992 heim nach Arkansas, um als Gouverneur einen geistig behinderten Mörder hinrichten zu lassen – kein Demokrat kann es sich leisten als Weichling gegenüber Kriminellen dazustehen.



Wahlkampf – doch ironischerweise eher, weil sich beide so einig sind.

Das Problem mit Obamas Ankündigungen ist, dass er das gleiche Problem hat wie alle anderen Politiker. Das heißt, bei ihm ist es noch größer, weil man dachte, er habe dieses Problem nicht. Das Problem heißt Glaubwürdigkeit. Es gibt ihn nun auch schon zweifach: den Obama des Vorwahlkampfes und den Obama des Hauptwahlkampfes.

Es gibt zwei Filmchen, die unterschiedlicher nicht sein könnten: Im ersten singen die Schauspielerinnen Scarlett Johansson und der Sänger der Erfolgsband Black Eyed Peas „Yes, We Can“, untermalt von Obamas Reden. Der Schwarzweißclip ist die Symbiose von Pop und Politik und war der Hit der demokratischen Vorwahlen.

Der zweite Spot läuft seit drei Wochen in vielen Bundesstaaten. Obama trägt ein ordentlich gebügeltes Hemd und lächelt in die Kamera, als wolle er sich den Schwiegereltern vorstellen. Er spricht von „Vaterlandsliebe“, „harter Arbeit“ und „starken Werten aus dem Herzen Amerikas in Kansas“, mit denen er aufgewachsen sei.

Seit Obama sich Anfang Juni die Nominierung gesichert hat, ist er aus Hollywood geradewegs nach Kansas marschiert. Er tut

Für Obamas Strategen ist das Umdenken ihres Hoffnungsträgers logisch: Der spielt jetzt für das große Publikum der ganzen Nation, nicht mehr bloß für die progressiven Demokraten. Der Vorwahl-Obama konnte mit der Todesstrafe wenig anfangen und geißelte den Überwachungsstaat der Bush-Regierung. Der Hauptwahl-Obama will in bestimmten Fällen Vergewaltiger

JÜNGERE UNTERSTÜTZER SIND ÜBER OBAMAS KURSWECHSEL ENTSETZT.

kleiner Kinder hinrichten und stimmte gerade im Senat für die Ausweitung von Telefonüberwachungen im Namen der nationalen Sicherheit.

Der Vorwahl-Obama wollte Waffen am liebsten aus Städten fernhalten. Der Hauptwahl-Obama versteht auf einmal, dass jeder Amerikaner ein Recht auf Waffenbesitz hat.

Der Vorwahl-Obama schimpfte, viele Amerikaner verwechselten das Tragen von US-Flaggen am Revers mit echtem Patriotismus. Nun trägt er meist selbst den An-

stecker am Kragen. Der alte Obama wollte mit Lobbyisten in Washington aufräumen und Wahlkämpfe öffentlich finanzieren. Der neue Obama lehnt dies für sich ab, nachdem er gemerkt hat, wie gut er selbst beim Geldeinsammeln ist. Georgetown-Professor Norman Birnbaum antwortet auf die Frage, ob Obama wie versprochen Wandel in die US-Hauptstadt bringen könne: „Er ist doch schon ein Washington-Kandidat geworden.“ So schnell wird man vom Kritiker des Establishments zum Teil des Establishments.

Vor allem Obamas jüngere Unterstützer sind entsetzt. Joe McCraw, ein liberaler Blogger aus Kalifornien, sagte: „Er hat uns zum ersten Mal belogen. Ich dachte, er würde seine Wahlkampfversprechen einhalten – aber er ist nur einer von diesen Politikern.“ Gerade weil sich Obama als Übermensch präsentierte, sei sein Schwenk nicht ohne Risiko, meint Ben Austin, ebenfalls frustrierter Unterstützer Obamas. „Die Liberalen sehen ihn als Reagan der Linken. Aber Reagan hat sich nicht in die Mitte bewegt. Er hat die Wähler nach rechts bewegt.“

Doch Obama würde es nicht schaffen, die Wähler nach links zu schieben. Deshalb zerplatzen jetzt eine Reihe linker Träume.

Sein Vorwahlkampf begeisterte Millionen junger Menschen das erste Mal für Politik, 1,7 Millionen Menschen spendeten für ihn, die allermeisten kleine Beträge. Er präsentierte Politik als Erweckungserlebnis. Doch jetzt verblasst der Heiligenschein. „Wenn Obama über den Michigan-See wandeln will, wird er sehen, dass er einfach untergeht“, spottet Jackson Janes.

Experten glauben allerdings, dass viele Linke keine Alternative zu Obama sehen und zähneknirschend im November doch für ihn stimmen. Gefährlicher wäre es schon, wenn seine zahlreichen jungen Unterstützer zu Hause blieben, wie es Jungwähler 2004 beim Demokraten John Kerry taten.

Die Republikaner versuchen, Obamas Geschmeidigkeit nach Kräften auszuschlachten. Sie wollen ihn als gewöhnlichen Politiker entlarven, der „politische Strategie über Prinzipien stellt“, wie ein Republikaner-Sprecher behauptet. „Obama hält sein Wort einfach nicht“, wirft McCain dem Senator aus Illinois bei so gut wie jedem seiner Wahlkampfauftritte vor. Dabei kann sich McCain selbst nicht entscheiden, ob er nach rechts rücken soll, um die konservative Basis einzufangen. Oder ob er lieber mit Obama in der Mitte um Stimmen fischen soll.

Im Moment macht er beides. Früher war der Senator aus Arizona gegen Ölbohrungen in der unberührten Natur Alaskas, heute ist er dafür. Früher war er gegen Steuersenkungen für Reiche, jetzt unterstützt er sie. Dann wieder schießt er auf moderate Wähler und sagt, der Staat müsse die Umwelt schützen und sich um Men-

schen „sorgen, die nicht für sich selbst sorgen können“.

In den meisten Umfragen liegt Obama vor McCain, auch bei Wählern der Mitte. Trotzdem schlägt sich McCain wacker, vor allem wenn man bedenkt, dass die Republikaner der Bush-Ära sich mit Zustimmungsraten um die 30 Prozent quälen.

Für Deutschland ist womöglich das Wichtigste an den amerikanischen Wahlen,

dass Bush abtreten muss. Wer immer Nachfolger wird, steht vor der Aufgabe, das schwierige deutsch-amerikanische Verhältnis zu erneuern. Über 50 Jahre hinweg waren die deutsch-amerikanischen Beziehungen übersichtlich und eindeutig. An die Stelle der Siegermacht, die Deutschland unterworfen und dann geteilt hatte, war schnell die Schutzmacht getreten, Garant der Freiheit des westlichen Teilstaats

gegen die Expansionsgelüste des kommunistischen Nachbarn.

Symbol für diese Rolle war Berlin, die ehemalige Hauptstadt. Luftbrücke und Panzeraufmarsch am Checkpoint Charlie zeigten die Bereitschaft der USA zum Kräftemessen mit der Sowjetunion, notfalls bis an den Rand eines Krieges.

Die Freundschaft zu den USA wurde Staatsräson. Zwar gab es immer wieder



Vertraute Scheunemann, McCain
„Kontakte mit vielen Deutschen“

Scheunemann: McCains transatlantisches Verständnis speist sich aus langjähriger Erfahrung – nicht einfach aus Vorbereitungsmemos. Er fühlt sich auch einem multilateralen Ansatz verpflichtet. Obamas Haltung etwa zu Iran ist unilateral. Er will sich ohne Vorbedingungen mit den iranischen Führern treffen. Damit gibt er den hart erkämpften transatlantischen Konsens auf, bei einem so wichtigen Thema keine voreiligen Konzessionen zuzulassen.

SPIEGEL: Aber warum ist Obama dann so viel populärer in Europa als McCain?

Scheunemann: Es mag teilweise damit zusammenhängen, dass der aktuelle Bewohner des Weißen Hauses so unbeliebt ist und McCain derselben Partei angehört – obwohl er abweichende Positionen zu einer Reihe von Punkten vertreten hat, die Deutschen wichtig sind: Klimaschutz, die Behandlung von Terrorverdächtigen, die Durchführung des Kriegs im Irak. Aber Obama riskiert eine Menge. Er mag den Beliebtheitswettbewerb in Europa gewinnen – doch die amerikanischen Wähler entscheiden die Wahlen.

SPIEGEL: Die meisten Europäer kommen einfach nicht über McCains Irak-Politik hinweg.

Scheunemann: Keine einzige europäische Regierung unterstützt einen künstlichen Zeitplan für einen US-Truppenabzug aus dem Irak. Sie verstehen, dass die Folgen eines kompletten Rückzugs verheerend wären – und dass unsere aktuelle Irak-Strategie Erfolg hat.

SPIEGEL: In Berlin kursieren Gerüchte, das McCain-Wahlkampfteam habe Druck auf Bundeskanzlerin Merkel ausgeübt, Obama nicht allzu herzlich willkommen zu heißen.

Scheunemann: Das ist völlig falsch. Wir haben in keiner Weise Einfluss ausgeübt.

SPIEGEL: Hat denn das Weiße Haus versucht, Druck auszuüben?

Scheunemann: Ich habe Medienberichte darüber gesehen. Das Weiße Haus hat es zurückgewiesen. Ich kann nicht für das Weiße Haus sprechen.

INTERVIEW: GREGOR PETER SCHMITZ

„Das ist eine Wahlkampf-Show“

Randy Scheunemann, 48, ist
Chef-Außenpolitikberater von John McCain.

SPIEGEL: Deutschland wirkt derzeit wie „Obamaland“. Zu dessen Rede in Berlin werden Hunderttausende Schaulustige erwartet. Zeigen die Deutschen John McCain die kalte Schulter?

Scheunemann: Nein. Es ist doch logisch, dass die Deutschen neugierig auf Senator Obama sind. Schließlich ist er bislang nicht viel gereist. Er war noch nie in offizieller Funktion in Deutschland. Senator McCain pflegt enge und herzliche Kontakte mit vielen Deutschen, er hat das Land viele Male besucht.

SPIEGEL: Die Reise wurde zum Zankapfel in Berlin. Außenminister Frank-Walter Steinmeier stritt sich öffentlich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, ob Obama am Brandenburger Tor sprechen sollte. Merkel war dagegen, Steinmeier hielt es für eine gute Idee.

Scheunemann: Obama hat mit seiner Entscheidung, eine Art Wahlkampfveranstaltung im Ausland abzuhalten, einen engen amerikanischen Verbündeten in eine unangenehme Lage gebracht. Dass er schon als designierter Kandidat so viel Verwirrung hervorruft, lässt auf nichts Gutes hoffen, sollte Obama Präsident werden.

SPIEGEL: Die deutsche Regierung betont, sie würde auch McCain herzlich willkommen heißen. Nehmen Sie das Angebot an?

Scheunemann: Ich bin mir nicht sicher, ob wir noch mal ins Ausland reisen. McCain war Ende März in Europa. Es war vorgesehen, dass wir nach Berlin kommen – aber die Kanzlerin besuchte gerade Israel, und unsere Terminkalender passten leider nicht zusammen.

SPIEGEL: Mit einer erfolgreichen Europareise könnte Obama seine außenpolitische Glaubwürdigkeit erhöhen.

Scheunemann: Eine Auslandsreise macht McCains viele, viele Jahre außenpolitischer Erfahrung nicht wett. Obama hält seine transatlantische Grundsatzerede in Berlin, bevor er überhaupt mit britischen und französischen Politikern gesprochen hat. Vielleicht sogar, bevor er deutsche Politiker trifft. Es ist klar, dass er deren Gedanken nicht berücksichtigen will. Das ist eine Wahlkampf-Show.

SPIEGEL: Worin unterscheiden sich die Positionen Obamas und McCains zum Verhältnis von Europa und Amerika?



ALU ALSAADI / AFP

US-Soldaten in Bagdad*: Keine Diskussion über den Krieg ohne die Orte Abu Ghureib und Guantanamo

Dissonanzen, etwa bei der Haltung zum Vietnam-Krieg oder zur Nachrüstung der Nato, aber der eigentliche Kern des Verhältnisses, das mehr einer Familienbeziehung denn einem Staatenbündnis glich, blieb unbeschadet.

Als die deutsche Frage 1989 zur Lösung anstand, dankten die amerikanischen Partner der Bundesrepublik die jahrzehntelange Loyalität. Der damalige Präsident George Bush senior unterstützte die deutsche Wiedervereinigung vorbehaltlos – sehr zum Verdruss Großbritanniens und Frankreichs, die ein Wiedererstarken ihres historischen Rivalen fürchteten.

Sein Nachfolger Bill Clinton spielte Saxofon, und wenn er in den Krieg ziehen musste, tat er es am liebsten für die Menschenrechte. Auf diese Weise waren selbst die Deutschen zu gewinnen, sogar für einen „Tornado“-Einsatz im Krieg auf dem Balkan.

Im Rückblick sind es goldene Jahre, nie war die deutsch-amerikanische Freundschaft harmonischer. Gerhard Schröder, ein Kind der amerikakritischen Linken, traf sich mit dem Vietnam-Kriegs-Gegner Clinton im Prenzlauer Berg. Nach dem Essen fuhr Clintons Kolonne die Kollwitzstraße entlang, und der mächtigste Mann der Welt schaute so sehnsüchtig aus dem Fenster, als wollte er sich hier am liebsten eine Eigentumswohnung kaufen.

78 Prozent der Deutschen sagten damals in einer Umfrage des amerikanischen Pew-

Instituts, sie hätten ein positives Bild von Amerika. 2007 fragte Pew wieder, der Anteil der Deutschen, die gut über die USA dachten, war auf 30 Prozent gesunken.

Dazwischen lagen der 11. September 2001 und die kriegerische Reaktion der letzten verbliebenen Supermacht. Die Irak-Kontroverse ist eine Geschichte von gegenseitigen Verletzungen und Enttäuschungen, von Verrat und Finten, aber vor allem auch von Missverständnissen, wie sie im Verhältnis zwischen eng befreundeten Völkern und Regierungen nicht ohne

NUR JEDER VIERTE DEUTSCHE BEZEICHNET DIE USA ALS „MACHT DES GUTEN“.

Folgen bleiben können. Im Mai 2002 kam Bush nach Berlin.

Eigentlich stand ihm Schröder charakterlich am nächsten, er war geradeaus, ohne Pomp, ohne Hang zu historischer Belehrung wie die Gesprächspartner in Moskau und Paris. Eine Stunde saßen sie sich im Kanzleramt gegenüber, redeten über dies und das, aber nicht über die Vorbereitungen für einen Regimewechsel in Bagdad, den die US-Regierung seit längerem plante.

Aus den Informationen ihrer Berater hatten beide den Vorsatz zur gegenseitigen Schonung abgeleitet. Bush, so verstand

es Schröder, würde ihn vor der Bundestagswahl im September nicht mit dem Wunsch nach weiteren Truppen in Schwierigkeiten bringen. Und Schröder, so verstand es Bush, würde ihm nicht in den Rücken fallen, wenn er den Irak angreifen würde. Damit war der Boden bereitet für ein Zerwürfnis, das bis heute nicht wirklich behoben ist. Schröder brach sein Versprechen, so sah es Bush, um die Wahl zu gewinnen. Bush, so sah es Schröder, hatte ihm keine Alternative gelassen mit seinem Drängen auf eine Invasion.

Seit Merkel im Kanzleramt sitzt, hat sich das Klima auf Regierungsebene deutlich aufgehellt, aber im Volk denkt man deshalb noch nicht besser über Amerika. Es vergeht keine politische Diskussion über die USA und den Krieg, ohne dass die Orte Abu Ghureib oder Guantanamo genannt werden, Orte der Unmenschlichkeit. Nur noch 27 Prozent der Deutschen würden die USA heute als „Macht des Guten“ bezeichnen, hat der „Daily Telegraph“ kürzlich berichtet.

In solchen Zahlen kommt mehr zum Ausdruck als nur eine vorübergehende Irritation über eine unangemessene und auch als gefährlich empfundene Politik. Die Deutschen waren schon immer gespalten in ihrem Verhältnis zu Amerika, sie schwanken zwischen Bewunderung und Abneigung. Was davon in Umfragen dominiert, hängt auch von der politischen Großwetterlage ab.

Der ehemalige US-Botschafter in Deutschland John Kornblum hat eine hü-

* Am 4. Juli im früheren al-Faw-Palast Saddam Husseins bei einer Vereidigung.



Bundeswehrosoldaten in Kabul: Deutschland wird eine neue Rolle finden müssen

sche Theorie, warum das Verhältnis der Brudervölker so kompliziert ist. Die Amerikaner, sagt er, sind die Nachfolger der Europäer, die es in Europa nicht aushielten, die etwas radikal anderes wollten und auswanderten. Deshalb sei es falsch, Ähnlichkeiten zu erwarten. Amerika ist in gewisser Weise auch ein Anti-Europa.

In Deutschland ist die Sache noch etwas komplizierter, weil die Deutschen den Amerikanern so viel zu verdanken haben: die Befreiung von den Nazis, eine funktionierende Demokratie, die Grundlage ihres Wohlstands.

Die Aufmerksamkeit für alles Amerikanische ist in Deutschland riesig, kaum ein Volk im alten Europa ist so gründlich amerikanisiert. Die Deutschen essen, trinken und sehen fern fast wie die Amerikaner, aber sie lassen keine Gelegenheit aus, sich gegenseitig zu versichern, wie sehr sie den Verwandten in Übersee überlegen seien.

Sie sind nach ihrer eigenen Einschätzung nicht so materialistisch, sie haben mehr Tiefe und Kultur, die Waschmaschinen sind besser und die Autos sowieso. Wenn an der amerikanischen Ostküste der Strom ausgeht, ist das in Deutschland eine Spitzenmeldung in der Tagesschau: Seht her, heißt es dann, die Amerikaner wollen die Welt regieren, aber sie finden nicht einmal den Lichtschalter.

Für den Gefühlshaushalt der Nation war George W. Bush so gesehen geradezu ein Glücksfall. Noch nie zuvor konnte man so ungehindert über die Hybris und Arroganz der Amerikaner schimpfen und sich nachher auch noch so im Recht fühlen. Der Texaner Bush verkörpert alles, was die Deutschen an Amerika auszusetzen haben: die Engstirnigkeit des Südstaatlers, das Torhafte, das Prahlische.

Obama ist den Deutschen viel näher, trotz seiner Hautfarbe scheint er weniger fremd, man kann auch sagen, er wirkt so schön europäisch: nicht Cowboy aus Texas, sondern Harvard-Absolvent mit städtischem Hintergrund, statt „straight shooter“ einer, der auf Dialog setzt und gegenseitiges Verständnis.

Aber auch wenn Obama Bush ersetzt, bleibt Amerika Amerika. Noch immer sind die USA die militärische Supermacht – aber die Feldzüge im Irak und in Afghanistan haben aller Welt die Grenzen ihrer Überlegenheit aufgezeigt. Noch immer

DIE FELDZÜGE HABEN ALLER WELT DIE GRENZEN DER US-ÜBERLEGENHEIT GEZEIGT.

sind die Vereinigten Staaten die größte und wichtigste Demokratie der Welt – aber daneben gibt es eine Reihe von Staaten, die daran arbeiten, die Demokratie als zukunftsweisendes Herrschaftsmodell abzulösen, allen voran Russland und China.

Vor fünf Jahren war die Vision einer „multipolaren Weltordnung“ noch ein Kampfbegriff antiamerikanischer Linker, heute beschreibt Multipolarität für die meisten Wissenschaftler eine Realität, die man, ob zustimmend oder bedauernd, zur Kenntnis nehmen muss. Richard Haass, zu Bushs Anfangszeiten Planungschef im amerikanischen Außenministerium, sprach kürzlich gar von einer „nonpolaren“ Welt, in der die USA nur noch eine Einflussgröße unter vielen sind.

Ob mit Obama oder McCain, Deutschland wird seine Rolle in dieser neuen Welt suchen müssen.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier plädiert seit seinem Amtsantritt für eine Neujustierung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses. Er nennt sein Projekt ein wenig verkleisternd eine „neue transatlantische Agenda“ und redet viel über Klima und Abrüstung. Wenn man hinter die Etiketten schaut, erkennt man, dass der Außenminister eigentlich in einer transatlantischen Welt agiert, die die schönen Worte von der alten Freundschaft längst hinter sich gelassen hat.

Ihm geht es darum, möglichst nah beieinander zu bleiben, wenn der Aufstieg der aufstrebenden Schwellenländer zu einer Neuordnung der Weltkarte führt. Dazu müsse man ganz pragmatisch gemeinsame Interessen definieren, und zwar hübsch vorsichtig,

mahnt Steinmeier: „Der Versuch, den Westen ohne die übrige Welt neu aufzurichten, ließe uns mit einer Welt ohne den Westen enden.“

Dem entgegen tritt in Deutschland ausgerechnet Steinmeiers Vorgänger Joschka Fischer. Er plädierte nach dem Irak-Krieg für eine „Rekonstruktion des Westens“. Dies sieht auch Kornblum so. Europa und Nordamerika seien eine Wertegemeinschaft und deshalb natürliche Verbündete. Niemals könne Deutschland mit Russland oder China ähnliche Gemeinsamkeiten finden wie mit den USA. Kornblum wünscht sich die Partnerschaft so eng, dass man die gemeinsamen Beziehungen nicht über eine Außenpolitik regelt, sondern über eine „transatlantische Innenpolitik“.

Wie Barack Obama das sieht, wird man vielleicht am Donnerstag dieser Woche erfahren. Bis Samstag früh stand nicht fest, worüber er reden möchte, aber wahrscheinlich wird die Rede mehr an ein amerikanisches Publikum gerichtet sein als an ein deutsches. Es ist Wahlkampf.

Das größte Problem hat jetzt sein Redenschreiber. Findet er einen ähnlich epochalen Satz wie Kennedys „Ich bin ein Berliner“? Aber vielleicht versucht er es erst gar nicht. Ohne Mauer ist Berlin zwar die bessere Stadt, aber auch nicht mehr der Ort für Worte, die Geschichte machen.

Nach seinem Besuch in Berlin, im Flugzeug auf dem Weg nach Irland, sagte John F. Kennedy: „Solange wir leben, werden wir niemals wieder einen solchen Tag wie heute erleben.“ Obama dürfte schon froh sein, wenn er eine einigermaßen gute Rede gehalten hat.

RALF BESTE, JAN FLEISCHHAUER, DIRK KURBUJWEIT, CORDULA MEYER, GREGOR PETER SCHMITZ, MICHAEL SONTHEIMER, GABOR STEINGART